

# Arbeiterstimme

Einzelnummer 10 Pfennig  
Bei Zeitungskäufern in Dresden erhältlich

**Roter Appell**  
zum Betriebsräte-  
Wahikampf (siehe Seite 2)  
Bezirk Sachsen  
- Feuilleton - Das Bild der Woche

Tageszeitung der KPD . Sektion der Kommunistischen  
Verbreitungsgebiet Ostsachsen . Verlagen: Der rote Stern . Rund um den Erdball

Kreisverteilung: Die monatlich gelieferte Kopierzahl ist 10.000. Die Kopierzahl ist 10.000. Die Kopierzahl ist 10.000.

und Einzelnummern: Dresden-K., Güterbahnhofstraße 2, Tel. 17 208. Die Einzelnummern sind 10 Pfennig. Die Einzelnummern sind 10 Pfennig.

Verlag: Der rote Stern, Dresden, Güterbahnhofstraße 2, Tel. 17 208. Die Einzelnummern sind 10 Pfennig.

9. Jahrgang

Dresden, Freitag den 20. Januar 1933

Nummer 17

## Fort mit Schleicher!

### Nur die Kommunisten kämpfen für Schleichers Sturz . Steigert den Massenkampf gegen jedes faschistische Diktatur-Regime!

Die kommunistische Reichstagsfraktion teilt mit:

In der heutigen Reichstagsitzung werden die kommunistischen Vertreter fordern, daß als erster Punkt auf die Tagesordnung der Reichstagsitzung am 24. Januar die Abstimmung über den Währungsantrag der kommunistischen Reichstagsfraktion gegen die Regierung Schleicher-Bracht gestellt wird. Die Kommunisten lassen sich dabei von dem Bestreben leiten, innerhalb wie außerhalb des Parlaments rücksichtslos für die Beilegung der Schleicher-Bracht-Regierung den Kampf zu führen.

Jede Verzögerung einer Entscheidung gegen das Kabinett Schleicher-Bracht, sei es durch Regierungserklärungen, lange Debatten oder parlamentarischen Kuhhandel, soll durch den Antrag der Kommunisten verhindert werden. Die Entgegennahme eines besonderen Regierungsprogrammes im Reichstag erübrigt sich nach der Auffassung der kommunistischen Reichstagsfraktion, weil die Praxis des Schleicher-Bracht-Kabinetts der wertvollen Bevölkerung bereits zur Genüge bekannt geworden ist.

### Setzt Farbe bekennen, braune Zolierungsbanden!

Durch die Aktion der kommunistischen Reichstagsfraktion ist die Hitlerpartei in tödliche Verlegenheit gebracht. Da Schleicher erklärt, daß er schon den Befehl des Reichsausschusses, auf die Tagesordnung des Reichstages das Währungsantrag zu legen, mit der Zustimmung des Reichstages beantragt wurde, und da die Schwerindustrie aus Angst vor dem erneuten Aufstieg der KPD bei Neuwahlen diese vermeiden will, ist Hitler immer im Druck, zumal er bei Neuwahlen eine weitestehende Zustimmung befürchtet. Andererseits aber trampelt er jeden Tag vor seinen wertvollen Anhängern zum Kampf gegen Schleicher.

Wenden die Nazis es also morgen, dem Zusammentritt des Reichstages noch weiter hinauszuschieben, oder auf eine andere Art das Währungsantrag der KPD unter den Tisch fallen zu lassen? Wie die Deutsche Allgemeine Zeitung gestern abend mit-

teilt, wird „Staatssekretär Wundt in der Sitzung des Reichstages den Standpunkt der Regierung dahin festlegen, daß die einen Beschluß, den Zusammentritt des Reichstages hinauszuschieben, als klare Forderung auslegen und demgemäß voll Handlungsfähigkeit für sich selbst in Anspruch nehmen werde.“

Das ist deutlich ohne Umhüllung erklärt die Regierung, daß sie eine Verlegung des Reichstages zu neuen parlamentarischen Maßnahmen gegen das wertvolle Volk benutzen werde.

Darum ist auch die entschlossene Aufgabe der Massen, die Entfaltung des außerparlamentarischen Kampfes gegen alle diese gegen die wertvollen geplanten wirtschaftlichen Maßnahmen und Unterdrückungsmaßnahmen.

In diesem Sinne liegt auch der Appell der Kommunisten, in dem Reichstagen und an den Stempelstellen dem von der kommunistischen Reichstagsfraktion ergehenden Aufruf ein nachdrückliches Echo zu verleihen durch die Aufnahme des Kampfes um die Zurückführung des gestrichelten Lohnes und der Erhöhung der Unterhaltungen, um Arbeit und Brot.

### Höchster Alarm!

für alle Ortsgruppen und Zellen!  
Eine Anzahl Ortsgruppen und Zellen haben immer noch nicht

### Die Vorbereitung für die Lenin-Gedächtnisnummer

der Arbeiterstimme für Sonnabend, den 21. Januar, an den Verlag ausgegeben.

### Das muß sofort per Telefon (Nr. 17259) geschehen!

Diejenigen Ortsgruppen und Zellen, welche keine Zeitungen bestellen und verkaufen, handeln parteischädigend und werden zur Rechenschaft gezogen.

### Kämpfende Einheitsfront

gegen faschistischen Mordterror und sozialfaschistische Betrugsmanöver

Dresden, 20. Januar 1933.

Die immer tödlicheren Provokationen der braunen Banden, die immer brutaler Entfaltung der faschistischen Diktatur erfordern ein höchstes an Kampfbereitschaft aller Arbeiter. Darum ist auch der von den Nazis in Berlin angelegte und von der Polizei bereits genehmigte provokatorische Aufmarsch, vor dem die Arbeiter müssen gehen, ein höchst gefährliches Manöver für die Arbeitermassen ganz Deutschlands. Nicht nur weil schon die Tatsache dieses Aufmarsches vor dem Hause der kommunistischen Partei als eine ungeheuerliche Provokation wirkt, sondern darüber hinaus vor allem auch deshalb, weil mit dieser Provokation beabsichtigt ist, der Schleicherregierung die Handhabe für die Erklärung des „nationalen Notstandes“ zu geben und auf diese Weise an der von Schleicher geplanten Auflösung des Reichstages und der in dieser Richtung beabsichtigten weiteren Entfaltung der faschistischen Diktatur mitzumachen.

Unter diesem Gesichtspunkt gewinnt der geplante Aufmarsch der Traktoristen in Lützen, der Hauptort des Bauernschröber, vor dem die Polizei bereits genehmigt hat, eine so große Bedeutung.

Schon greift unter der geizigen Arbeiterbevölkerung und auch unter den sozialdemokratischen Arbeitern eine solche Empörung und Erregung Platz, daß selbst der Abend-Vorwärts vom 19. Januar schreiben mußte:

„Die Demonstration der Nationalsozialisten ist eine schwere Provokation. Das Verhalten des Polizeipräsidenten ist eine weitere Provokation.“

Dieser Vorwärts schrieb aber noch einen Tag später:

„Es liegt aber nahe, daß die Polizei die Demonstration auf dem Platz aus Gründen der öffentlichen Sicherheit nicht dulden wird. Dann wird sie natürlich überhaupt keine Ausübung erlauben. Eine Gegenaktion hätte ja auch ihren Sinn verlohren, wenn die Aktion unterbleibt.“

Es ist von der SPD-Presse verstanden worden, auch in dieser Falle unter den sozialdemokratischen Arbeitern den Glauben zu wecken, als ob die Polizei die von den Nazis beabsichtigte Provokation „unterbleibe“ würde.

Eine solche Hoffnung verleiht die SPD-Presse von derselben Polizei derselben Reichsanwalters Schleicher zu erpeden, von der bald schon jedes Arbeiterkind weiß, daß die diese Provokation der braunen Banden lediglich zum Anlaß zu noch brutaleren Maßnahmen gegen die Arbeiterklasse zu nehmen gedenkt.

Die Sozialdemokratie legt hier die von uns schon wiederholt angeprangerte Politik fort, den Faschismus dem Staatsapparat gegenüberzustellen, um die Arbeiter mit dem Trost aus diesen Staatsapparat, auf die Schleicherdiktatur zurückzuhalten und einseitigen außerparlamentarischen Kampf gegen den Faschismus in allen seinen Formen.

Wir bestehen vor gar nicht langer Zeit im Sachlichen Vandalismus erlebt, wo die Sozialdemokratie einen regelrechten Theaterkonter um die Verhinderung der Immunität des Reichsanwalters Bismarck verfolgen ließ. Auch in diesem Falle wurde der ganze Krammel um die Immunitätsaufhebung dieser Faschisten lediglich zu dem Zweck inszeniert, um die über die faschistischen Verbände empörten und enttäuschten Arbeiter mit dem Trost auf den Staatsapparat zu beschwichtigen. Die Kommunisten haben sich in klarer Erkenntnis dieser Absichten der SPD gegen dieses schandliche Manöver gewandt und haben es bekämpft.

Darum lernen immer größere Massen sozialdemokratischer Arbeiter verstehen, daß diese klare Frontstellung der Kommunisten absolut richtig war. Noch immer ist die Sozialdemokratie trotz der Aufhebung seiner Immunität nicht verhalten. Es ist rechtlich unmöglich, den Reichsanwalters öffentlich geworden. Auch in der SPD-Presse!

Die Sozialdemokratie hat ihr Manöver fertig lassen. Sie

## Der Gipfel der Provokation!

### Schleichers Berliner Polizeipräsident verbietet Arbeiteraufmarsch und genehmigt SA-Parade vor dem Karl-Liebknecht-Haus . Die Mordbanden wollen Vorwand für den „nationalen Notstand“ schaffen

Der Berliner Polizeipräsident Meißner hat die SA-Parade vor dem Karl-Liebknecht-Haus erlaubt und die Kundgebung des roten Berlins verboten.

Die SA-Führer wollen durch diese geplante Steigerung ihres Terrors gegen die arbeitende Bevölkerung ihre eigenen Parteianhänger ablenken von dem Schacher mit Schleicher und Papen um Ministerposten. Die Nazis führen bezwecken durch diese Provokation, daß der sogenannte „Notstand zur Verfassung“ erklärt wird. Dieser Provokation erteilt der Berliner Polizeipräsident Schleichers keine Genehmigung.

Die ganze Größe und Ungeheuerlichkeit dieser Provokation wird man erkennen, wenn man weiß, daß dieselbe Polizei, die dieselbe Meißner vor ihm der Sozialdemokratie gegenüber steht und Tag der KPD verboten haben, Kundgebungen auf dem Platz, auf welchem das Karl-Liebknecht-Haus steht, zu veranstalten. Ja, selbst die Verbeißerung von Arbeiterdemonstrationen am Karl-Liebknecht-Haus wurde immer wieder verboten.

Teigt wird der Kundgebungen eine derartige Herausforderung gestellt. Es ist nicht schwer zu erkennen, zu welchem Zweck das geschieht.

Die Schleicherregierung ist emsig am Werke, um die faschistische Diktatur noch weiter zu entfallen und die sich ihr dabei auch infolge der wachsenden Differenzen im Lager der Faschisten bestehenden Schwächen rücksichtslos aus dem Wege zu räumen. Durch die von den Kommunisten in der heutigen Sitzung des Reichsausschusses erhobene Forderung auf Wegtritt der Schleicherregierung, durch das kommunistische Währungsantrag, wird die Lage der Schleicherregierung und auch der sie folgernden Parteien noch weiter erschwert, um so mehr, als die Arbeitermassen zur Bekämpfung der kommunistischen Forderungen zu außerparlamentarischen Kampfaktionen übergehen. Vor allem werden die Nazis im Verlaufe dieser Woche auch vor ihren eigenen Anhängern in immer härterem Maße als der Vorkriegszeit der Billionäre vom Herrenklub und der Schleicherregierung entlarvt.

Die Reichspartei und auch die Schleicherdiktatur sind darum gleichermaßen daran interessiert, um eine Abblümung im Reichstag, bei der die Nazis offen Farbe bekennen müßten, herumzukommen. Darum möchte die Reichspartei unter Führung eines „nationalen Notstand“, daß Schleicher den Reichstag auflöst und mit dieser Erklärung des „nationalen Notstandes“ die Amtszeit der Schleicherregierung verlängert wird.

Dieser Zweck der Reichspartei läßt auch die „Tägliche Rundschau“ klar und deutlich erkennen, in der es u. a. heißt:

„Am nächsten Sonntag hat J. A. die KPD zu einem Aufmarsch auf dem Platz vor dem Karl-Liebknecht-Haus der Kommunisten aufgerufen. Die KPD hat darauf ihre Massen mobil gemacht. Es ist nicht unwahrscheinlich, daß bei einer Verlesung der Lage im Innern tatsächlich ein „Notstand“ eintritt, der unter Umständen auch auf den Termin der Neuwahl nicht ohne Folgen bleiben würde.“

Wichtig ist, daß die Hitler und Goebbels mit ihrer Provokation aber auch verhängte Unterdrückungsmaßnahmen gegen

die Arbeiterbewegung, vor allem gegen die kommunistische Partei herbeiführen.

Die Hitlerpartei will sowohl von der drohenden Selbstentfaltung als auch von der Forderung in ihren eigenen Reihen ablenken.

Darum diese ungeheuerliche Provokation, die der namentlich von der Polizei genehmigte Aufmarsch vor dem Karl-Liebknecht-Haus und gegen die Arbeiter geschlossen in roter Einheitsfront anzukämpfen müßten!



In deren Diensten marschieren die braunen Banden!

Der erste von links ist der Polizeipräsident Meißner, der den Nazis die provokatorische Parade vor dem Karl-Liebknecht-Haus in Berlin gestattet hat. Er ist im linken Verein mit dem Berliner Stahlhelmführer, mit Papen und dem Prinzen Eitel-Friedrich auf dem Stahlhelmschiffungsgründungsrummel zusammen. In ihrem Interesse und im Auftrag der Junker und Schwerindustrie entlassen die Nazis ihren klügsten Terror, den die Arbeiter im revolutionären Kampfe bekämpfen werden!

ALL  
osion  
Not treibt einen  
gebehrte Privatpartie,  
die, so daß er sich nicht  
bühnen warf. So war er  
Breußischen Hochschule  
für Psychotechnik, Spezial-  
schule.  
liche Zeitschrift, die die  
hotographischen Nachbildung  
beitet hat. Er war eine  
gelehrte wissenschaftliche  
auf ihre Fortschritte  
m. Schluß interessiert  
t sogar mit Nahrungs-  
angehörige, den er  
Dr. phil. und Dr. jur.  
Glas, konnte ihm nur  
um so mehr, als  
bedrückenden Not  
rste.  
Jahre alt, seinen Ver-  
folgendem Grunde  
n in Deutschland die  
viele Arbeitsteile, der  
tombard ist kein Ausweg  
Arbeiterkampf ist der  
meist, daß im Kapital-  
bourgeoisie ein wenig  
an allgemeines Wesen  
Schicht ist unter den  
vermehrt. Auch ist die  
im Bereich mit  
s. Sozialpolitik  
gellern der Arbeiter  
eines Kampfes  
Welt  
an eine bessere  
Religion  
n Arbeit nichts  
auskömmliches Leben  
unwürdiges Leben be-  
zwecken. Warum? Weil  
überflüssig . . .  
age erfährt  
ergang in Österreich  
Reichsmannschaft. Ein  
gen eine geschlossene  
erte. Der Reichsmann-  
wert; der Führer ist  
folgen verstarb. Ein  
dem Anhänger zum  
dem Schrecken davon.  
Karl beschädigt, daß